Nr. 53 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 24. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18 5 26, 18 5 38, 13 5 37, 17 1 88. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2063. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 33 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.80, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Die Aufgabe der internationalen Finanzkonferenz

Von unserem ∇-Mitarbeiter

Rotterdam, 19. Februar

Der Beschluß des Völkerbundrates, eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit der Prüfung der wirtschaftlichen Lage aller vom Kriege betroffenen Länder und mit der Wiederherstellungsmöglichkeit des europäischen Finanzwesens befassen soll, löste in der englischen und amerikanischen Bankwelt eine merkbare Wirkung aus. Die zahlreichen Meinungsäußerungen hervorragender Londoner Bankiers über die Art der anzuwendenden Mittel beweisen, daß der Völkerbundrat zweifellos dem Einflusse seiner finanziellen Berater nachgab, als er, trotz der Ueberhäufung mit rein politischen Fragen, das Problem der finanziellen Wiederherstellung an erste Stelle rückte. Ursprünglich lag es in der Absicht der Londoner Regierung, diese Untersuchungen außerhalb des Völkerbundrates durchführen zu lassen. Die vertraulichen Konferenzen mit den Bankleitern Englands, namentlich mit Mac Kenna, dem Gouverneur der City and Midland Bank, änderten den Beschluß, und so kommt es, daß die vom Rate des Völkerbundes angelegte Finanzkonferenz bereits für den März in Aussicht genommen ist.

Unter den wichtigsten Fragen, die gegenwärtig dem kritischen Stabe der Finanzsachverständigen vorliegen, verdient die „Schuldentilgung“ eingehendste Beachtung. Es ist darüber manches in die Oeffentlichkeit gedrungen. Aus den Finanzkreisen der Vereinigten Staaten kamen Berichte über die Durchführung einer internationalen Anleihe, die unter Berücksichtigung der Rohstoffbelieferungen aller europäischen Industrieländer als Basis die Wirtschaft der heute noch kreditfähigen Staaten erhalten soll. Von einem englischen Finanzkundigen wurde darauf hingewiesen, daß durch die Solidarität der Schuldner- und Gläubigerstaaten (genau ist dies nicht zu trennen, da jeder Staat, der sich im Kriege befand, nach außen und nach innen verschuldet ist), daß also mit Hilfe eines europäischen Staatenkonsortiums eine Weltanleihe zustande kommen könnte, deren Stücke, in Pfunden ausgegeben, den Zahlungsbedürfnissen und Verpflichtungen aller Mitglieder dieses Konsortiums dienen würden, und zwar unter Beachtung der Entschädigungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Käme — so wird von englischer Seite weiter ausgeführt — die Fixierung der deutschen Entschädigungssumme zustande, dann wäre die Verwirklichung dieser Weltanleihe leichter erreichbar, die Vereinigten Staaten würden in Kenntnis der klar umschriebenen Verpflichtungen der europäischen Staaten als Mitgarant der zu schaffenden Weltanleihe, die auf 30 bis 40 Jahre den Dienst als Großzahlungsmittel unter den notleidenden Staaten versehen soll, auftreten. Nachdem Vanderlip, der Washingtoner Finanzsachverständige, die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe den amerikanischen Stellen nahegelegt hat, ist auch die Londoner Bankwelt wegen der amerikanischen Beteiligung etwas zuversichtlicher gestimmt als früher.

Was wird nun die Aufgabe der internationalen Finanzkonferenz sein? Diese Frage interessiert insofern, als man heute weiß, daß praktische Vorschläge zur Wiederbelebung des europäischen Wirtschaftswesens bestehen — in erster Linie die internationale Anleihe —, daß jedoch die Kernfrage, nämlich die Schuldentilgung, noch ihrer Lösung harrt. Es wird nun aus London berichtet, daß ein Antrag dem Völkerbundrate zugegangen sei, der sich mit dem erwähnten Problem befaßt. Eine Gruppe liberaler Politiker und Volkswirtschaftler tritt als Fürsprecher des Antrages auf, der die Durchführung einer internationalen Anleihe auf unverzinslicher Grundlage nahelegt. Anders bestünde, nach Ueberzeugung der mit den Verhältnissen wohlvertrauten Antragsteller, keine Möglichkeit, die Schuldenlast, durch Einführung der neuen, auf viele Milliarden zu beziffernden Anleihe entstanden, abzutragen. Europa müßte, schwergebückt unter dieser gewaltigen Bürde, unter den mißlichsten Verhältnissen weiterarbeiten. Wie ein totes Gewicht würden die enormen Zinsen, die eigentlich nur dem Kapitalismus zugute kommen, das europäische Wirtschaftsleben niederhalten, um schließlich eine neue, noch schärfere Krisis hervorzurufen.

Wenn also die geplante internationale Anleihe wirklich ihren Zweck, die Schuldentilgung innerhalb von drei bis vier Jahrzehnten erreichen soll, dann besteht nur ein Ausweg: die Unverzinslichkeit. Von den englischen Volkswirtschaftlern wird natürlich zugegeben, daß es sich hier nicht um ein „Darlehnsgeschäft“ im hergebrachten Sinne handelt, sondern um ein „Milliardenopfer“, wenn man den Zinsverlust so bezeichnen will. Das Opfer in der Form zu bringen, daß man die Zinsen allen Mitgliedern des Anleihekonsortiums erläßt, wäre aber die verhältnismäßig „schmerzloseste Lösung“ des Problems. Durch die Bereitwilligkeit aller Vertreter des internationalen Kapitals käme auf diesem Wege zum erstenmal in der Weltgeschichte eine internationale Anleihe zustande, die nicht als rententragendes Geschäft anzusehen wäre, sondern als eine kluge Spekulation auf die ersprießliche Zukunft, die sich aus der Wiederherstellung Europas ergeben muß ...

*

Für Deutschland ist zunächst die Frage seiner Zulassung zu dieser Konferenz am wichtigsten. Obwohl der Rat des Völkerbundes in dieser Frage noch nicht die Entscheidung ausgesprochen hat, bezweifelt die Londoner Finanzpresse nicht, daß eine deutsche Abordnung von Sachverständigen Gelegenheit finden werde, die Lage Deutschlands auf der internationalen Konferenz darzulegen und Vorschläge zur Neubelebung und Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft den Vertretern der alliierten Regierungen zu unterbreiten. Selbst der Finanzkundige der „Times“ findet es für recht und billig, wenn „endlich die Stimme Deutschlands in der kritischen Valutafrage vernehmbar würde“. Die Cityblätter — „Financial News“ und „Financier“ — treten unbedingt für eine ausführliche Besprechung mit den Deutschen ein. Es wird sogar auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Rahmen der Finanzkonferenz auch die Entschädigungssummen, die Deutschland aufzubringen hat, annähernd (!) festzustellen. Die ersten New-Yorker Meldungen über die Aufnahme des Beschlusses, eine internationale Finanzkonferenz abzuhalten, sind etwas reserviert. Die Hearstblätter, deren oppositionelle Haltung gegen England bekannt ist, sehen in dieser Konferenz ein neues Mittel, um „Englands Vorteile in Mitteleuropa zu konsolidieren“. Von den New-Yorker „Times“ wird empfohlen, einige tüchtige amerikanische Spezialisten an den grünen Tisch der Finanzkonferenz zu setzen.

*

Amerika soll gewonnen werden

Kopenhagen, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Leon Bourgeois, Frankreichs Vertreter auf der Londoner Tagung des Völkerbundes, hat der französischen Völkerbundsliga eine Mitteilung zugehen lassen, in der es u. a. heißt: „Wir haben beschlossen, eine Regierungskonferenz einzuberufen, obwohl wir wissen, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind. Wir sind jedoch überzeugt, daß sich die Regierungen aller Länder klar darüber sind, daß eine Isolierung unter den jetzigen Verhältnissen schwere Folgen haben würde und daß ein Wiederaufbau nur durch gemeinsames Vorgehen möglich ist. Vielleicht kann dieser Vorschlag auch einen entscheidenden Einfluß auf die öffentliche Meinung in Amerika ausüben. Das amerikanische Volk soll sehen, daß es unumgänglich erforderlich ist, der Organisation beizutreten, die sich mit allen diesen großen Aufgaben beschäftigt. Wir sind überzeugt, daß die Vertreter Amerikas bald die Plätze wieder einnehmen werden, die ihnen an unserer Seite stets offenstehen werden.“

*

Französisch-englische Finanzverhandlungen

London, 20. Februar. (Indirekt.) Die französische Bankwelt ist mit dem Ergebnisse der Konferenzen, die zwischen dem Finanzminister Marsal und dem Schatzkanzler Chamberlain geführt wurden, nicht zufrieden. Der französische Finanzminister machte die größten Anstrengungen, um den Zeitpunkt der britischen Anleihe hinauszuschieben, damit den Londoner Finanzgruppen Möglichkeit geboten werde, auf die in Aussicht genommene französische Anleihe zu zeichnen. Chamberlain konnte diesem Wunsche Marsals nicht Rechnung tragen. Die innere Finanzlage Englands verträgt, nach einer Erklärung des Schatzkanzlers, keinen Aufschub der Anleiheoperation. Die Folge der gleichzeitigen Emission des französischen und britischen Innen-Anlehens ist, daß die französische Regierung auf ein besonderes Interesse für die Anleihe Frankreichs in der englischen Bankwelt nicht rechnen kann. Auch die Berichte aus New-York lassen erkennen, daß man sich doch viel mehr für die englische, als für die französische Anleihe interessiert. — Der zweite Punkt in den Verhandlungen war der Zahlungs- und Zinsen-Aufschub aller unter den Alliierten geschlossenen Kriegsanleihen; es soll ein Aufschub „sine die“ sein.

*

Man hofft auf Poincarés Chauvinismus

ITA. Köln, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „K. Z.“ meldet aus Paris: Das „Echo de Paris“ erklärt heute mit Sperrdruck, in hiesigen diplomatischen Kreisen setze man große Hoffnung darauf, daß der neu ernannte Vertreter Frankreichs im Wiedergutmachungsausschuß Poincaré eine neue Orientierung herbeiführen könne. Seine erste Anstrengung werde der Frage der Besetzungsdauer der Rheinlande gelten. Es sei unglücklicherweise nur zu wahr, daß die Haltung, die Ministerpräsident Millerand in dieser Frage eingenommen, Widerstände innerhalb der Wiedergutmachungskommission gefunden habe. Diese habe nicht geglaubt, sich der vorläufigen Aufhebung der festgesetzten Frist, die Deutschland angekündigt worden sei, anzuschließen. Diese Haltung stehe auch dem Rücktritt des Senators Jonnard vom Vorsitz des Wiedergutmachungsausschusses nicht fern. Man hoffe, daß es jetzt der Autorität Poincarés gelingen werde, in dieser besonders wichtigen Frage ein glücklicheres Ergebnis zu erzielen. Diese Note scheint offiziösen Ursprungs zu sein.

Um das linke Rhein-Ufer

Paris (indirekt), 17. Februar

Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Millerand aus London fand in der Deputiertenkammer eine Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten statt. Die Pressemitteilungen über den Verlauf dieser Sitzung lauten sehr vage, doch geht aus einer Glosse des „Journal du Peuple“ hervor, daß die Frage zweier Deputierten über die „Verlängerung der französischen Rheinbesetzung“ dem Ministerpräsidenten einige Ungelegenheiten verursachte, denn Millerand sah sich zu der Erklärung veranlaßt, daß diese Eventualität auf der Londoner Konferenz noch nicht ins Auge gefaßt worden sei. Ohne die Zuverlässigkeit der von dem Sozialistenblatte gegebenen Nachricht in Zweifel zu ziehen, muß gleichwohl betont werden, daß die Deputierten des nationalen Blocks, Führer Maurice Barrès, so tun, als hätte Millerand in London die „Vorbereitungen für die Auslegung des linken Rheinufers durch Frankreich“ getroffen. Barrès, der jetzt mit den in der Pfalz und im Rheingebiete kommandierenden französischen Generälen enge Fühlung hält, zeigt sich in dem ihm nahestehenden „Echo de Paris“ (dessen Pertinax-Artikel er schreibt) sehr zufrieden. Er kritisiert die oppositionelle Haltung des briandistischen „Eclair“ und betont, daß Millerands Streben nach einer dauernden „Pfandbesetzung“ des linken Rheinufers ehrlich sei. Von der „Humanité“ wird ironisch bemerkt, die ganze Hetze, das linke Rheinufer „sine die“ besetzt zu halten, sei nichts anderes, als eine gewollte Durchlöcherung des Versailler Vertrages, um, wenn dieser Vertrag beseitigt werden sollte, man die besten Vorteile herausgeholt hätte. Frankreich handle, so sagt Barrès gegen die andern Vertragszeichner, noch schlimmer und gewalttätiger als Oesterreich-Ungarn, das Bosnien, dessen Verwaltung es auf Grund des Berliner Vertrages erhielt, annektierte. Die „Humanité“ nimmt nicht an, daß noch Geheimabmachungen mit Frankreich über die dauernde Besetzung des linksrheinischen Gebietes bestehen. Dies war jedoch in bezug auf Bosnien der Fall; damals kam es zu geheimen Vereinbarungen zwischen den Unterzeichnern des Berliner Vertrags.

Auf dem Wege zur Revision?

Die Frage der Durchführung des Versailler Friedensvertrages oder richtiger die seiner Revision ist durch die Ereignisse der vergangenen Wochen in ein interessantes Stadium getreten. Das Verhalten des deutschen Volkes in der Auslieferungsfrage, die Rückwirkung der deutschen Einmütigkeit in diesem Punkt auf die Entente und nicht zuletzt das immer noch nicht genügend aufgeklärte Benehmen Wilsons haben gezeigt, daß die Entwicklung energisch auf eine Abänderung des Vertrages hindrängt. Am deutlichsten wird diese Tendenz an den aus Amerika kommenden Nachrichten über Vorschläge zu einer Revisionskonferenz und an der Tatsache, daß die Entente nicht mehr an der Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz, auf der sie die Hilfe Amerikas anrufen muß, vorüber kann. An der Bedeutung aller dieser Merkmale wird auch nichts geändert durch eine so stark unterstrichene Verneinung der bereits vorhandenen Revisionsnotwendigkeit, wie sie aus der folgenden Depesche hervorgeht:

Rotterdam, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Reuter-Bericht erklärte Lloyd George am Freitag im Unterhause auf eine Anfrage, er halte so lange jede Diskussion über eine Revision des Versailler Vertrages für unangebracht, als dessen Undurchführbarkeit nicht unbedingt erwiesen sein sollte.

Wir können hierin nicht mehr erblicken als eine der üblichen verschleiernden Antworten, wie sie englische Regierungsmitglieder im Unterhaus oft genug schon abgegeben haben, um zu verhindern, daß die Oeffentlichkeit ihnen zu sehr in die Karten sieht. Diese oben genannte Vorbedingung für die englische Geneigtheit zur Revision ist derart unbestimmt gehalten, daß sie heute sowohl — was ja in Wirklichkeit auch der Fall ist —, als auch morgen oder später als gegeben angenommen werden kann, ganz nach dem Belieben dessen, der sie aufgestellt hat. — Wichtiger scheinen uns die Gründe für die Revision zu sein, die aus der folgenden Depesche hervorgehen, und die

Bemühungen der Entente um Amerika,

das nur durch eine Revision zu gewinnen ist:

ITA. Köln, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Das „Giornale d'Italia“ meldet nach der „K. Z.“ aus London: Die Westmächte glauben entgegen ihrem anfänglichen Standpunkt weder die Adria- noch die Orientfrage ohne Wilson lösen zu können. Auch sei weder der Londoner Vertrag noch das Kompromiß Nittis durchführbar. In Kleinasien verlange Italien um wirtschaftliche Konzessionen in einer Zone.

ITA. Köln, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „K. Z.“ meldet aus Paris: Die Amerikaner haben zum Gedächtnis George Washingtons ein Fest veranstaltet. Im amerikanischen Klub wurden viele Reden gehalten. Der amerikanische Botschafter in Paris ganz besonders drückte seine Sympathie für Frankreich aus. Er sagte, daß es sich rascher erheben könne, als man annehme. Auch der englische Botschafter Lord Curzon sprach und feierte das außerordentlich fleißige Frankreich. Schließlich ergriff General Allen, der die amerikanischen Kräfte am Rhein befehligt, das Wort und drückte seine Dankbarkeit dem Kommandanten der Besatzungstruppen Degoutte und dem Vorsitzenden der alliierten Oberkommission in Koblenz Tirard aus. Er sagte, Amerika könne sich nicht isolieren. Man solle Geduld haben, alles würde sich regeln.

Die amerikanische Oeffentlichkeit ist jedoch keineswegs ganz der Ansicht des amerikanischen Generals, da sie vor allem der Meinung ist, daß ohne Vorbehalte der Vertrag für Amerika unannehmbar bleibt. So gibt die amerikanische Presse eine Unterredung mit Balfour wieder, in der Balfour sagt, ich bin der Ansicht, daß der ganze Aufbau des Völkerbundes durch die amerikanischen Vorbehalte zerstört wird. Die amerikanischen Blätter erklären dazu, das stehe in direktem Widerspruch mit dem von Lloyd George gebilligten Briefe Greys, der besage, daß die Vorbehalte ein billiger Preis für den Beitritt Amerikas in den Völkerbund seien. Die Verwirrung hat sich infolgedessen in Amerika wieder sehr vergrößert. Das Publikum steht jetzt unter dem Eindruck, daß Wilson anläßlich der Präsidentschaftswahlen im November eine Volksabstimmung über den Friedensvertrag herbeiführen will. Die Unnachgiebigkeit der Republikaner gegen die Demokraten hat sich aus diesen und andern Gründen wieder verschärft.

Aus allen den hier angeführten und noch manchen andern Gründen scheint hervorzugehen, daß die Tendenz zur Revision des unglückseligen Vertrages weiterhin zunimmt. Hieraus bestimmte Hoffnungen auf eine baldige Besserung unserer Lage abzuleiten, wäre töricht. Einmal ist zu erwarten, daß wir von den ersten Abänderungen so gut wie gar nicht getroffen werden. Sie werden wohl nur von dem Verband unter sich vorgenommen werden, ohne unsere Verpflichtungen gegen die Verbandsmitglieder selbst sehr zu berühren. Dann aber, wenn einmal nach diesem ersten Schritt auch für uns Erleichterungen getroffen werden sollen, dürfen wir überzeugt sein, daß sie nur so weit gehen werden, daß wir zwar nicht besser leben, aber mehr arbeiten können. Immerhin müssen wir dauernd danach streben, durch eine kluge Verständigungspolitik zunächst dies Minimum von einer Hebung unserer Lage zu erreichen.

*

Die Konferenz in London

London, 22. Februar. (Havas) Millerand, Balda und Scialoja sind am Sonntag abend in London eingetroffen.

*

Ein Ultimatum d'Annunzios?

Rotterdam, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Times“ melden, hat d'Annunzio aus Fiume den Alliierten ein Ultimatum zugestellt, das den bedingungslosen Verzicht auf Fiume zugunsten Italiens bis zum 1. März fordert.

Der Handel mit England

Rotterdam, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Bericht in der „Daily Mail“ beschloß der englische Industriellenverband, Verkäufe nach Deutschland nur noch im Sterlingkurs abzuschließen.

Die Notlage der deutschen Zeitungen

Weimar, 22. Februar. Die heute hier tagende allgemeine deutsche Zeitungsverlegerversammlung hat nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krisis, in der sich die deutsche Presse befindet, einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die deutschen Zeitungen stehen vor einer Katastrophe. Die völlige Unsicherheit der Papierbelieferung, die ungeheueren Preiserhöhungen des Druckpapiers, aller Materialien und Maschinen, der Löhne und Gehälter, die Unmöglichkeit, einen auch nur annähernden Ausgleich der bereits bis zur Bruchgrenze drückenden Belastung der Zeitungen zu erreichen, hat in Weimar die Herausgeber der deutschen Zeitungen aus allen Teilen des Reiches zusammengeführt. Die Aussprache ergab, daß eine große Anzahl deutscher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, nur noch durch Notkredite bisher vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden, und daß ohne eine Sicherstellung des Zeitungsdruckpapiers zu noch erträglichen Preisen der Zeitpunkt abzusehen ist, an dem die überwältigende Mehrheit der deutschen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen muß.

Die Reichsregierung ist sich anscheinend der Wirkungen einer solchen Katastrophe noch gar nicht voll bewußt. Es handelt sich um die Existenz einer Einrichtung, ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung Wirtschaft und Ordnung in Deutschland den allerschwersten Gefahren ausgesetzt werden und der Wiederaufbau unmöglich wird. Verschwindet die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluß auf das In- und Ausland, verschwindet ihre Aufklärungsarbeit, ihre Ermutigung in Deutschlands schwerster Zeit, dann tritt das Gerücht, dann treten die Flugblätter aller zerstörenden Kräfte von drinnen und draußen an ihre Stelle.

Die deutschen Zeitungen wollen keine Liebesgabe für sich, lehnen sie vielmehr ab, aber sie haben das wohlerworbene Recht, im öffentlichen Interesse zu verlangen, daß die Existenzgrundlage der Zeitungen sichergestellt wird vor der sie vernichtenden Wirtschaft, die durch die grenzenlosen Spekulationen und Schiebungen auf dem Holzmarkt, dem hauptsächlichen Rohstoff für das Zeitungspapier, so verteuert, daß das Papier für die übergroße Mehrzahl der deutschen Zeitungen unerschwinglich wird. Daran ändert es nichts, wenn einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Mehrzahl der Zeitungen und die bewährte Struktur der deutschen Presse aus besonderen Gründen Papier zu jedem Preise zu erlangen suchen. Es geht hier nicht um Privatinteressen einzelner Verleger, sondern um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse und der Freiheit und Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung.

In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder und die Nationalversammlung, im allgemeinen Interesse das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu mäßigen Preisen und dadurch des Zeitungsdruckpapiers. Verhallt dieser Notschrei ungehört, zögern die Regierungen, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unvermeidlich.

An dieser Stelle wurde schon mehrmals auf die besondere Notlage der Zeitungen und auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich aus ihr ergeben, hingewiesen. Daß hier, wie bei der Zigarettenindustrie, Abhilfe dringend not tut, dürfte jedem Einsichtigen klar sein. Wir hoffen, daß der Hilferuf nicht zu spät kommt.

Kundgebungen der Deutschen Schleswigs

In 25 Versammlungen fand am Sonntag in der zweiten Zone und den Teilen der ersten Zone Nordschleswigs, die eine deutsche Mehrheit besitzen, sowie in Flensburg eine Kundgebung der deutschen Schleswiger für ihr Recht statt. Außer in Flensburg wurden u. a. in Bau, Rapstedt, Tondern und Hoyer Versammlungen abgehalten. In einer Versammlung auf dem Flensburger Exerzierplatz wurde der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Wir Deutschen fordern unter Aufrechterhaltung unseres Protestes gegen die die Deutschen benachteiligenden Wahlbestimmungen als Nordgrenze eine Linie, die gleich große Minderheiten auf beiden Seiten läßt. Auf Grund des vorliegenden Abstimmungsergebnisses muß die Grenze mindestens bis zur Tiedje-Linie zurückverlegt werden. Wir fordern, daß zur endgültigen Grenzziehung auch das Ergebnis in der zweiten Zone herangezogen wird, denn nur auf Grund des Rechtes kann eine Verständigung von Volk zu Volk erreicht werden.“

Zum Rücktritt des Polizeidirektors Braun

Der bisherige Polizeidirektor in Schleswig, Hauptmann David Braun, der auf der Reise nach Kopenhagen Kolding passierte, ersuchte Ritzaus Bureau, folgende Erklärung zu veröffentlichen: „Da ich mich mit der internationalen Kommission über das Zusammenarbeiten zwischen Truppen und Polizei zur Fernhaltung von Unruhen nicht in Uebereinstimmung befunden habe, und da es mir klar ist, daß man den Unruhen hätte begegnen können, zum mindesten in Flensburg, wenn man meinem Ersuchen um Mithilfe der Truppen beim Polizeidienst in vorbeugendem Sinne nachgekommen wäre, habe ich meinen Abschied als Polizeidirektor in Schleswig verlangt und erhalten.“

Ausweisungen aus dem Osten

Berlin, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Danzig haben in Thorn und den von den Polen laut Friedensvertrag besetzten Gebieten zahlreiche Ausweisungen von Deutschen eingesetzt. In Danzig sind in den letzten Tagen mehr als 50 aus Thorn von der polnischen Regierung ausgewiesene deutsche Familien eingetroffen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200224/1